

Der Betrug kommt per Post

Bundesfinanzminister Olaf Scholz präsentiert sich als Kämpfer gegen Steuerhinterzieher. Doch ausgerechnet beim milliardenschweren **Umsatzsteuerbetrug im Onlinehandel** ist die Bilanz dürftig. Sein Zoll scheitert an den Kontrollen und hat Digitalisierungsprobleme.

TEXT CHRISTIAN RAMTHUN

Man stelle sich doch bitte einen 40-Fuß-Container vor, voll beladen mit 20 000 bis 80 000 Päckchen. Frank Buckenhofer macht eine kleine Kunstpause, das Bild soll wirken. Dann stellt er die Frage: „Wie sollen ein paar Zöllner das alles kontrollieren?“ Wieder Pause. „Geht so gar nich.“ Und nun noch mal die Augen schließen, sagt der Chef der Zollabteilung bei der Polizeigewerkschaft GdP, und an die vielen Tausend Sendungen denken, die jede Nacht im Flieger aus China ankommen und am Leipziger Frachtterminal über die Bänder sausen. Effektive Kontrollen? „Genau, geht nich“, meint der gebürtige Aachener.

Seit die Digitalisierung der Globalisierung einen mächtigen Schub versetzt hat, können die Einfuhrkontrolleure ihre Probleme gar nicht mehr zählen. Online verkaufen Händlern aus Shenzhen oder Shanghai Millionen von Waren direkt an Konsumenten in Stuttgart oder Stendal und „überfluten“ (so Buckenhofer) die hoffnungslos überforderten Zollbehörden.

Allein dem deutschen Staat entgehen dadurch mutmaßlich mehrere Milliarden Euro an Einfuhrumsatzsteuer, die ihm zustünden. Sie flutschen, buchstäblich, durchs Netz.

Falsche Prioritäten

Die EU versucht zwar gegenzuhalten und auf die Digitalisierung mit, nun ja, Digitalisierung zu reagieren. Doch nun zeigt sich: Ausgerechnet Deutschland, der größte Mitgliedstaat, hinkt bei der Umsetzung der Brüsseler Beschlüsse hinterher, räumt das Bundesfinanzministerium in einer Antwort auf eine Anfrage der FDP-Fraktion ein, die der Wirtschaftswoche vorliegt. „Herr Scholz hat nach dreieinhalb Jahren als Finanzminister immer noch ein Digitalisierungsproblem“, sagt Till Mansmann, der sich bei den Freidemokraten im Bundestag um das Thema Verbrauchsteuern kümmert.

Konkret geht es diesmal um die elektronische Erfassung aller Sendungen, damit der Zoll wenigstens einen Überblick insbesondere über die vielen Päckchen aus China bekommt. Dafür soll das bestehende IT-Verfahren namens Atlas (Automatisiertes Tarif- und Lokales Zollabwicklungssystem), das auf den klassischen gewerblichen Handel zugeschnitten ist, ergänzt werden um die Importabfertigung von Post- und Kuriersendungen, kurz Atlas-Import. In Kraft treten sollte das System am 1. Juli dieses Jahres.

In den meisten Ländern der EU funktioniert dies bereits – in Deutschland noch nicht. „Trotz intensivster Anstrengungen“, schreibt Finanzstaatssekretärin Sarah Ryglewski (SPD), könne die technische Umsetzung „nicht vor Januar 2022 erfolgen“. Als Begründung führt sie zu späte Vorgaben aus Brüssel an. „Fadenscheinig“ sei das, meint Mansmann, schließlich hätten die meisten anderen Mitgliedstaaten es pünktlich geschafft. Auch Thomas Liebel von der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ spricht von einem „vorgeschobenen Grund“. Das Bundesfinanzministerium unter Leitung von Olaf Scholz (SPD) hätte „früher, stärker und mit klarer Priorisierung“ die Zoll-Digitalisierung vorantreiben müssen.

100

Millionen **Warenanmeldungen** pro Jahr erwartet die Zollverwaltung zusätzlich durch den Wegfall der 22-Euro-Freigrenze bei der Einfuhrumsatzsteuer



Stattdessen steckt Scholz einen Großteil seiner ministeriellen Energie in eine globale Mindestbesteuerung hinein, die zwar gut klingt, aber dem deutschen Fiskus wenig bringen dürfte. Auch dem Ankauf eines Datenträgers aus Dubai, der mögliche Informationen über Steuersünder enthält, hat sich der Minister gern gewidmet. Aber Atlas-Import? Ein sperriges Kürzel, ein kompliziertes Thema, schwierig zu kommunizieren. Nichts für den Genossen Wahlkämpfer.

Für den klammen Staat, für die ehrlichen Steuerbürger und für die heimischen Händler wäre es dagegen wichtig, wenn Zoll und Finanzbehörden mit allen, auch digitalen Mitteln gegen den massenhaften Steuerbetrug im Onlinehandel vorgehen.

Zwar weiß niemand genau, wie viele Milliarden Euro chinesische, indische oder auch amerikanische Händler an Steuern in Deutschland hinterziehen, indem sie Waren gar nicht oder mit viel zu niedrigen Preisen deklarieren. Doch selbst auf Schätzungen will sich das Bundesfinanzministerium nicht einlassen. „Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor“, schreibt die Scholz-Staatssekretärin in ihrer Antwort an die FDP. Das ist bequem, denn so muss sich das Ministerium weniger für entgangene Steuereinnahmen rechtfertigen. Und Scholz muss keine große öffentliche Empörung befürchten.



Gleichwohl gibt es inoffizielle Schätzungen. In Österreich hat sich zum Beispiel der auf Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft spezialisierte Wissenschaftler Friedrich Schneider mit diesem Thema befasst. Sein Forschungsinstitut für Bankwesen kommt in einer Rechnung vom Juni 2021 zu dem Ergebnis: „Der österreichische Fiskus lässt sich jedes Jahr circa 980 Millionen Euro an nicht eingehobenen Mehrwertsteuereinnahmen im ausländischen Online- oder Distanzhandel entgehen.“ Aus validen Erhebungen in Österreich und anderen EU-Ländern, sagt der FDP-Politiker Mansmann, könne man davon ausgehen, dass „dem deutschen Staat Einnahmen in mittlerer einstelliger Milliarden-Höhe entgehen“.

Einer, der einen tiefen Einblick in die Szene hat, ist Roger Gothmann. Der Hamburger ist Chef des Dienstleisters Taxdoo, der an der Binnenalster residiert und mehrere Tausend E-Commerce-Händler bei der Abwicklung der Umsatzsteuer unterstützt. Seit Jahren prangert Gothmann die Missstände an. „Bei 90 bis 95 Prozent der Sendungen aus Drittländern fielen bisher keine Umsatzsteuern an.“ Allein bei den chinesischen Händlern, die auf Amazon aktiv sind, seien es schätzungsweise 1,4 Milliarden Euro, die dem deutschen Staat entgingen.

Dabei könnten Behörden die Umsatzdaten leicht bekommen – quasi „auf dem

Auf verlorenem Posten

Der deutsche Zoll wird von Millionen Päckchen aus Drittländern überflutet. Eine effektive Kontrolle ist so nicht möglich



„Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor“

Finanzstaatssekretärin Ryglewski zum Umfang des Steuerbetrugs

Silbertablett serviert“, sagt Gothmann, der früher selbst einmal als Finanzbeamter gearbeitet hat. Der Fiskus bräuchte bloß die bei Amazon verfügbaren Massedaten aus den vergangenen Jahren auszuwerten – wenn in den Behörden nicht die Technik fehlen würde.

Immerhin sind die hier registrierten Plattformbetreiber seit dem 1. Juli 2021 verpflichtet, die Steuern bei Fernverkäufen aus Drittstaaten abzuführen. Spät zwar, aber endlich doch.

An Amazon vorbei

Allerdings gibt es immer mehr Trampelpfade im Internet, um diese Handelsplätze zu umgehen. Der Taxdoo-Chef spricht von mittlerweile Zehntausenden Shopify-Händlern aus China und anderen Drittstaaten, „die ihre Produkte weiterhin umsatzsteuerfrei in die EU versenden können, weil es keine hinreichenden Ressourcen aufseiten des Zolls gibt“.

Wie gering offenbar die Bereitschaft zur freiwilligen Steuerehrlichkeit ist, zeigt sich auch an anderer Stelle. Beim Import-One-Stop-Shop, kurz IOSS, den hierzulande das Bundeszentralamt für Steuern betreibt, meldet sich ein Händler aus einem Drittland an und wickelt darüber die zu zahlende Umsatzsteuer ab. Eine gute Idee, nur: Im Shop haben sich bis Anfang August gerade einmal 509 Unternehmer registrieren lassen. Ein Affront gegen den Fiskus.

Wenigstens die vielen Millionen Sendungen zu registrieren, die nach Deutschland geschickt werden, wäre also ein wichtiger Schritt zu mehr Steuerehrlichkeit. Doch das dafür notwendige Instrument, Atlas-Import, ist in Deutschland eben noch nicht einsatzbereit. Von „unverzeihlichen Verzögerungen“ spricht auch der Bundesverband E-Commerce und Versandhandel.

Aber selbst wenn die elektronische Erfassung eines Tages funktioniert, bleibt immer noch ein Riesenproblem ungelöst: Viele Händler geben beim Versand extrem niedrige Preise an, sodass die Umsatzsteuer von 19 Prozent (ermäßigt 7 Prozent) entsprechend gering ausfällt. Experte Gothmann prognostiziert daher, dass die Steuerhinterziehung vorerst „munter weitergeht“.

Am Ende führe kein Weg an einer „höheren Kontrolldichte“ vorbei, sagt Gewerkschaftsfunktionär Frank Buckenhofer. Will sagen: Der Zoll muss nicht nur digitaler werden, sondern braucht zudem mehr Leute, die stinknormal vor Ort im Hafen und am Flughafen kontrollieren.

Zuständig dafür ist – der Bundesfinanzminister. ■